Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 12

Artikel: Die März-Demonstrationen der polnischen Studenten

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076544

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die März-Demonstrationen der polnischen Studenten

Von Laszlo Revesz

Die Demonstrationen der oppositionellen, aber keineswegs antisozialistischen Studenten Polens sind rücksichtslos niedergeschlagen worden. Im Jahr der Menschenrechte. Und in Verletzung der polnischen Rechtsordnung. Seither sind im ganzen Land umfassende Repressalien im Gange.

Die Rechtslage

Art. 20 Abs. 1 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen vom Dezember 1948 verankert einen der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit: «Jeder Mensch hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinsfreiheit zu friedlichen Zwecken.» Diesem Artikel der Menschenrechtserklärung entspricht vollumfänglich Art. 71 der polnischen Verfassung: «Die Volksrepublik Polen gewährleistet den Bürgern die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit der Durchführung von Demonstrationen und Kundgebungen.» Art. 57 der gleichen Verfassung ergänzt und festigt diesen Art. 71: «Die Volksrepublik Polen stärkt und erweitert die Rechte und Freiheiten der Bürger.»

Danach wäre die rechtliche Lage klar und eindeutig. Die polnische Verfassungswirklichkeit scheint allerdings andern Grundsätzen zu folgen. Die sowjetische Verfassung beispielsweise lässt in Art. 125 Kundgebungen und Demonstrationen nur «in Uebereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen» und «zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems» zu. In der Sowjetunion bestimmt die Parteiführung, welches die Interessen der Werktätigen sind und was das System festigt. Die Reaktionen auf die März-Demonstrationen lassen vermuten, dass in Polen der eigenen Verfassung von 1952 die sowjetische von 1936 vorgezogen wird.

Hüben und drüben

Zunächst ein kurzer Vergleich, der sich aufdrängt und keineswegs mehr überflüssig ist. Heute wird oft behauptet, dass sich die Unterschiede zwischen West- und Osteuropa, zwischen Demokratie und Totalitarismus verwischen. Dass dem keineswegs so ist, beweist die unterschiedliche Behandlung der Studentendemonstrationen hüben und drüben.

In Westdeutschland und Frankreich haben die extremen Studenten ausdrücklich erklärt, dass sie eine neue Gesellschaftsordnung errichten wollen; ihr Ziel sei die Zerstörung des heutigen sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Systems in Westdeutschland und Frankreich. Für solche Absichten werden die Demonstranten in Paris und Berlin nicht bestraft. In Polen (wie in den übrigen kommunistischen Ländern) wäre eine solche Zielsetzung bereits ein Delikt, das zu längeren Freiheitsstrafen führen würde.

Die polnischen Studenten dagegen haben keinen Umsturz angestrebt. Sie bekannten sich zum Sozialismus, sie wollten die polnische Staats- und Sozialordnung beibehalten und lediglich deren totalitäre Auswüchse bekämpfen. Sie blieben im Rahmen der polnischen Verfassung. Sie verstiessen keineswegs gegen die Interessen der Werktätigen. Sie hätten letztlich gar das «sozialistische System» gefestigt.

Hüben in Deutschland und Frankreich sind die revolutionären Demonstranten weitgehend ungeschoren geblieben. Höchstens mussten sie sich für belanglose Delikte, wie Störung der öffentlichen Ordnung, verantworten.

Drüben in Polen dagegen haben die Demonstranten einen hohen Preis dafür zu bezahlen, dass sie Freiheiten der Verfassung beanspruchen.

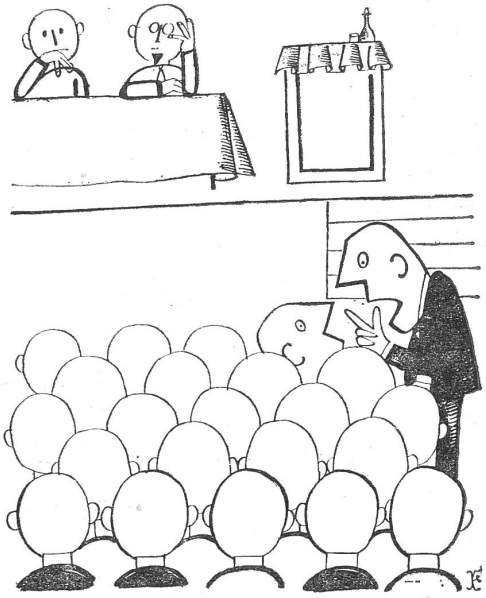
Die studentischen Ziele

Was die Studenten eigentlich wollten, blieb nicht unbekannt: mehr Demokratie im Rahmen der sozialistischen Ordnung und grössere Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Prof. Herbst, Dekan der Historischen Fakultät an der Universität Warschau, stellte klar: Die Partei müsse die an den legalen Versammlungen angenommenen Resolutionen und die Formen der Jugendorganisationen auf der Hochschule sorgfältig prüfen, wobei nicht zu vergessen sei, dass man eine junge Generation vor sich habe, welche die grundlegenden Prinzipien der polnischen Volksrepublik restlos anerkenne» («Polityka», Warschau, 30. 3. 1968).

Einerseits hielten die Studenten die absolute Herrschaft einer Handvoll Leute an der Parteispitze für unvereinbar mit der sozialistischen Demokratie. Anderseits erachteten sie den «sowjetischen Kolonialismus», die «imperialistische Herrschaft Russlands» als Hindernis bei der Errichtung einer sozialistischen Demokratie («Trybuna Ludu», 8. 4. 1968). Auch in Breslau, Lodz, Krakau und andern Städten tauchten die gleichen Losungen auf: «Sowjetunion, Hände weg von Polen!» und «Wir haben den schwedischen Ansturm überlebt, wir werden auch den sowjetischen überleben». Die in den Universitätsstädten verteilten Flugblätter enthielten ebenfalls antisowjetische Aufrufe («Nowe Drogi», Warschau, Nr. 5/1968, S. 18—39).

Die Vorwürfe

Im Mai 1967 beschloss die 8. Plenartagung des Zentralkomitees der Partei ein neues Programm für die bessere ideologische Arbeit und Indoktrinierung. Mehrere Funktionäre, besonders an der Warschauer Universität, protestierten dagegen. Das wurde ihnen zunächst als blosse Abweichung angekreidet. Im März dieses Jahres jedoch, als die Demonstrationen an Umfang und Kraft gewannen, wurden die Studenten bereits scharf angegriffen und mit den traditionellen Sündenböcken der kommunistischen Regimes identifiziert — Unterstellungen, die den Tatsachen keineswegs entsprachen. Während die Lodzer Parteizeitung noch milde feststellte:



«In meiner Selbstkritik werde ich niemanden schonen.» («Szpilki», Warschau.) Die Selbstkritik der leitenden Parteifunktionäre besteht oft darin, die eigene Verantwortung an Fehlern auf andere abzuschieben.

---

demonstrationen in der Tschechoslowakei, in Polen und in Jugoslawien: all deren Träger bekunden jedoch einen demokratischen Geist und setzen sich für das Mitgestaltungsrecht, also für die Demokratie ein, und zwar unter Opfern, die im Westen peinlich selten geworden sind. Havemann, Illyes, Kolakowski, Solschenizin, Mihajlov und Vaculic stehen daher einem ernsten Demokraten sehr nahe; weit entfernt von ihm sind Rudi Dutschke, Cohn-Bendit oder Stokely Carmichael.

Wir können uns im Westen diese Revoluzzer noch leisten. Sie richten vorläufig einen Schaden an, der bei ruhiger Betrachtung keineswegs irreparabel ist. Deprimierend aber ist der Umstand, dass sie Dubceks Liberalisierung gefährden und den polnischen und jugoslawischen Studenten in den Rücken fallen.

Des einen Freud, des andern Leid, mag man einwenden; und wenn die Demokratien aus den Warschauer und Belgrader Demonstrationen Mut schöpften, möge man Moskau und Peking die Genugtuung über die Berliner und Pariser Demonstrationen lassen. Wirklich?

Heute wird die Demokratie selbst in Frage gestellt. Sie kann dem totalen Anspruch auf Freiheit und Gerechtigkeit ebensowenig genügen wie jedes andere politische Ordnungssystem. Dem relativen Anspruch aber genügt sie am besten. Wird der totale Anspruch aufrechterhalten, muss die Demokratie unter der Belastung zusammenbrechen. Ihre Alternative ist die Diktatur.

So sind wir denn im Westen an einem Punkt angelangt, da revolutionäre Demonstrationen und Attentate als Kampfmittel für eine bessere Demokratie einer schlechteren Demokratie den Weg ebnen. Das wäre zu bedenken von den Attentätern und Demonstranten bei uns. Und es ist zu überdenken vom «Establishment», weil es aus all diesen Ueberlegungen keine Rechtfertigung für mangelnde Bereitschaft zu Reform und Erneuerung ableiten kann. ■

Während der März-Ereignisse demolierten Rowdies auch das Kino Kultura. Dazu Text: «Aus dem Beschluss des Verbandes sozialistischer Jugend nach ‚Trybuna Ludu' vom 13. März 1968: Man muss entschieden erklären, dass es nicht die Studenten sind, die Fenster einschlugen und in Geschäfte einbrachen. Es sind nicht Studenten, welche in Zusammenstössen Ziegel warfen.»

«Obwohl die Studenten sich immer wieder des Wortes Sozialismus bedienen, wollen sie eine Entwicklung in entgegengesetzter Richtung» («Dziennik Lodzki», 23. 3. 1968), erklärte gleichentags ZK-Mitglied Wladyslaw Kozyra in Lublin: «In einer Front standen die bankrotten Emigrationspolitiker, die einheimischen Reaktionäre, die einheimischen und internationalen Zionisten, die Rowdies und die Diebe... Die Anführer konnten ihre wahren Ziele verheimlichen, sie vermochten durch ihre falschen Parolen einen Teil der politisch unerfahrenen akademischen Jugend zu gewinnen. Verleumdung, Provokation, alle Formen und Methoden wurden aus dem Arsenal der reaktionärsten Kräfte ausgenützt, um Unruhe in den Köpfen zu stiften, den sozialistischen Aufbau zu desorganisieren und den normalen Arbeitsrhythmus zu stören».

Kozyra ging noch weiter. Er identifizierte die schmale Parteispitze mit der etwas breiteren Partei und die Partei schliesslich mit dem ganzen Volk: «Garant des Sozialismus in Polen und des Bündnisses mit der Sowjetunion ist vor allem unsere Partei. Jeder, der gegen unsere Partei, gegen das sozialistische Regime kämpft, untergräbt — objektiv betrachtet und unabhängig davon, ob er dies sieht oder nicht — die Grundlagen des Volkes in Polen. Diejenigen, die heute zum Kampf gegen unsere Partei aufrufen, sind nicht nur Feinde der Volksrepublik, sondern Polens schlechthin. Könnten sie ihre Ziele erreichen, so würden sie zu Totengräbern der Unabhängigkeit des Volkes.» («Sztandar Ludu», Lublin, 23./24. 3. 1968).

Neu: der Antisemitismus

Zur alten Taktik, wonach die Demonstranten unzufriedene, asoziale Elemente, Agenten im Dienste des Auslandes und Söldlinge des Imperialismus seien, gesellte sich eine neue: der Zionismus als Sündenbock. Die Polen, die sich vor 25 Jahren während des Aufstandes im Warschauer Ghetto für die von den Nazis verfolgten Juden eingesetzt hatten, mussten sich nun den Bedürfnissen der sowjetischen Mittelostpolitik unterordnen. Im reinsten stalinistischen Jargon wurde der Zionismus und der jüdische Kosmopolitismus als grösster Feind des proletarischen Internationalismus bezeichnet. ZK-Mitglied Antony Walaszak erklärte in Stettin: «Diese Leute (d. h. die demonstrierenden Studenten und hauptsächlich die Organisatoren) sind nicht nur gegen die Generallinie der Partei, sondern auch gegen das polnische Volk; sie sind Feinde, die ihre Anweisungen aus Tel Aviv und von der Londoner Emigration erhielten». Und als ein jüdischer Student an der Warschauer Polytechnischen Hochschule erklärte, Israel habe das gleiche Recht auf Jerusalem wie die Polen auf die (ehemals deutschen) Westgebiete, ereiferte sich Walaszak: «Genossen, kann man hier, in den Westgebieten, im polnischen Stettin, diesen ehrenlosen Zionismus und die Herabwürdigung unserer grossen Errungenschaften dulden?» («Glos Sczecinski», Stettin, 16./17. 3. 1968). In einer Parlamentsrunde erklärte Ministerpräsident Cyrankiewicz am 10. April, die ausländischen, insbesondere jüdischen Kritiken an den polnischen März-Ereignissen als «schmutzige Quelle der antipolnischen Hetzkampagne». ZK-Sekretär Strzelecki fasste folgendermassen zusammen: «Während der letzten Jahre und besonders nach der Verurteilung der israelischen Aggression seitens Polens und der übrigen sozialistischen Länder aktivierten sich auf der imperialistischen Front die zionistischen Zentren, welche eine schädliche antipolnische Kampagne anfingen. Die Inspiratoren und Organisatoren der letzten Ereignisse auf der polnischen Universität schlossen sich dieser Kampagne an; sie haben ihre schmutzigen politischen Ziele dadurch verheimlicht, dass sie sich auf den polnischen Antisemitismus, den polnischen Nationalismus beriefen.» («Trybuna Ludu», 20. 3. 1968).

Die Vorgeschichte

Die März-Ereignisse waren der Höhepunkt einer Entwicklung, die bereits vor einigen Jahren eingesetzt hat. Sie ist mit dem Kampf für eine erweiterte geistige Freiheit und für eine grössere Unabhängigkeit des Landes gekoppelt. Wie einer der führenden Wissenschafter, H. Jablonski, in der ideologisch-politischen Zeitschrift des ZK der Partei schrieb, hat der Fall Modzelewski und Kuron vor einigen Jahren den weiteren Verlauf der Ereignisse erheblich beeinflusst. Die beiden Intellektuellen hatten ein politisches Programm ausgearbeitet, welches «durch die chinesische Stellungnahme gegen die UdSSR stark beeinflusst war» — offenbar hatte es einen antisowjetischen Charakter. Dieses Programm wurde in den Kreisen der akademischen Jugend stark verbreitet. Die beiden Autoren wurden vor Gericht gestellt und ins Gefängnis gesteckt. Jablonski versichert, sie seien gut behandelt worden, hätten lesen dürfen und seien sogar vorzeitig entlassen worden.

Der damalige Prozess gegen Modzelewski und Kuron hat die Bildung akademischer Zirkel gefördert, aus denen die März-Demonstrationen ihre wichtigsten Impulse erhielten. Schon 1962 wurde auf der Warschauer Universität der «Klub der Erforscher von Widersprüchen» gegründet, der vom Verband der sozialistischen Jugend ausdrücklich unterstützt wurde. Die aktivsten Führer dieses Klubs, Michnik und Dajczgewand, nahmen an der Vorbereitung der März-Ereignisse aktiv teil. Die Lage spitzte sich weiter zu, als Intellektuelle (zur Hauptsache Parteimitglieder) Ende 1966 und anfangs 1967 gegen den Aus-

Gesucht ein Direktor. «Schrecklich, Pera Peric hat sich gemeldet.» — «Na, und?» — «Was, und! Er hat doch studiert!» («Jesch», Belgrad.)

schluss von Prof. Kolakowski aus der Partei protestierten. Einige Parteimitglieder gaben sogar ihr Parteibuch zurück. Nun schaltete sich der Klub «Babel» bei der Sozialen und Kulturgesellschaft der Juden in Polen ein. Er unterstützte die oppositionellen Studenten. Das wurde im Juni 1967 sichtbar, als die Studenten und Babel-Mitglieder unter dem Eindruck des Krieges im Nahen Osten Israel offen ihrer Sympathie versicherten. Obschon sie sich damit der offiziellen polnischen — und von der Sowjetunion erzwungenen — Politik entgegenstellten, erhielten sie nun auch die Unterstützung mehrer Professoren und Dozenten, wie Morawski, Brus, Bauman und andere.

Damit hatte sich das Pulverfass gefüllt. Die Aufführung eines Theaterstückes von Mickiewicz, «Totenfeier», erwies sich nun als Funke. Dieses Stück behandelt die Unterdrückung Polens durch das zaristische Russland und weist daher unvermeidlich einige antirussische Stellen auf. Besonderen Beifall des Publikums fanden Sätze wie: «Wir Polen haben unsere Seelen für ein paar Silberrubel verkauft» oder «Alles, was uns Moskau schickt, sind Esel, Idioten und Spione».

Dass die «Totenfeier» als Funke wirken könnte, war nicht vorauszusehen. Wie der Generaldirektor für Kultur und Kunst, Balicki, erklärte, wurde dieses Stück während der vergangenen sechs Jahren in 15 Inszenierungen vorgeführt, allein im Jahre 1966 138mal. Die neue Inszenierung für 1967 von Regisseur Dejmek wollte vor allem das Politische, Nationale und allgemein Menschliche des Dramas als Dokument der Brüderlichkeit und Gemeinsamkeit polnischer und russischer Revolutionäre im Kampf gegen das Zarentum hervorheben. Inzwischen hatte sich jedoch das Pulverfass gefüllt. Als am 25. November 1967 die Premiere stattfand, mündete trotz zurückhaltender Formulierungen lauter Applaus in antisowjetische Kundgebungen. Nach offiziellen Darstellungen soll sogar die Arbeit der Schauspieler durch die Kundgebungen gestört worden sein. Das Ministerium verfügte am 1. Februar die Absetzung des Stückes aus dem Repertoire des Theaters. («Zycie Warszawy», 17./18. 3. 1968).

Die Geschichte

Nach dem Abschluss der 13. und letzten Vorstellung veranstalteten Studenten einen Demonstrationszug zum Mickiewicz-Denkmal. Etwa 50 Teilnehmer wurden von der Polizei verhaftet. Nach der offiziellen Version sei ein Teil der polnischen Gesellschaft dem feindlichen Einfluss des Auslandes und der inländischen Reaktion unterlegen.

Von da an gärte es unter den polnischen Studenten. Wie 1956 in Ungarn bestand eine enge Verbindung unter Studenten und Schriftstellern. Mitte Februar hatten 230 Mitglieder der Warschauer Sektion des polnischen Schriftstellerverbandes eine Petition unterzeichnet, mit der sie eine ausserordentliche Generalversammlung zur Aussprache über das Verbot verlangten. Die erste Studentendemonstration am 30. Januar hatte zur Relegation mehrerer Studenten geführt. An einer am 8. März ohne Rektoratserlaubnis abgehaltenen Versammlung forderten die Studenten die Freilassung ihrer Kommilitonen Michnik und Szlajfer. Bis mittags waren 500 Studenten anwesend, die trotz des Aufrufes des Rektors nicht auseinandergingen. Daraufhin erschienen die bewaffnete kommunistische Arbeiterwache, die freiwillige Polizei (ORMO) und Polizisten in der Universität. Es kam zum Zusammenstoss. Die Studenten forderten die Arbeiterwache auf, in ihre Betriebe zurückzukehren und den Plan zu erfüllen. Die Polizisten wurden als Faschisten, Banditen und Söldner bezeichnet. Die Studenten gingen mit den Losungen «Nieder mit der Regierung», «Nieder mit der faschistischen Führerclique», «Gestapo» usw. auf die Strasse und wurden schliesslich gewaltsam auseinandergetrieben.

Tags darauf wiederholten sich die Demonstrationen. Die Studenten verteilten Flugblätter mit dem Text: «Wir versperren den Weg zum Faschismus». Obwohl die Demonstranten erneut auseinandergetrieben wurden, gaben sie den Kampf noch nicht auf. Flugblätter riefen die Mittelschüler zur Teilnahme an einer Versammlung in der Warschauer Universität auf. Am Nachmittag des 11. März gingen die Studenten erneut auf die Strasse, wurden aber nach einem 40minütigen Zusammenstoss mit der Polizei geschlagen. Nach offizieller Darstellung sei damit die Führung der Demonstrationen von Rowdies übernommen worden, und die abends organisierte Versammlung sei deren Werk gewesen. Während einer Kundgebung wurden 27 Polizisten, acht Mitglieder der freiwilligen Hilfspolizei und ein Dutzend Arbeiteraktivisten verletzt; 300 Personen, darunter 30 Studenten, wurden verhaftet. Unter den Verhafteten gab es zahlreiche Minderjährige, die jedoch nach einigen Stunden von den zu diesem Zweck vorgeladenen Eltern abgeholt werden konnten («Trybuna Ludu», 12./13. 3. 1968).

Aehnliche Ereignisse wiederholten sich in den Universitätsstädten, besonders in Krakau. In Thorn verlief die Demonstration ziemlich ruhig. Der Universitätssenat hatte in einem Aufruf besondere Massnahmen angekündigt, falls einige Dutzend Agitatoren einen Teil der studierenden Jugend zu Ausschreitungen bewege («Dziennik Torunski», 19. 3. 1968). In Danzig ging die studentische Jugend auf die Strasse, da sie, wie offiziell zugegeben wurde, den in Presse, Radio und Fernsehen veröffentlichten Berichten keinen Glauben schenkte. Die offizielle Studentenversammlung auf der Danziger Polytechnischen Hochschule ist angeblich von einer verantwortungslosen Gruppe von arbeitsscheuen Rowdies unterbrochen und auf die Strasse verlegt worden. Die Polizei ging äusserst hart vor, weshalb «leider» auch einige unschuldige Leute verletzt worden seien («Dziennik Baltycki», Danzig, 13./14. 3. 1968). Die Krakauer Studenten demonstrierten auf dem Marktplatz vor dem Mickiewicz-Denkmal für die Freilassung der in Warschau verhafteten Kommilitonen. Die Polizei drang in die Universität ein, weil die in Polen gewährte Freiheit und die Grosszügigkeit der Behörden von der Jugend missbraucht worden sei («Dziennik Polski», Krakau, 24./25. 3. 1968). Der Marktplatz und die Umgebung im Stadtzentrum wurden von der Polizei abgesperrt und durften vorübergehend nur noch von Anwohnern betreten werden.

Der Rektor der staatlichen Universität Lublin verbot wie seine Kollegen jegliche Studentenversammlung ohne Erlaubnis der Universitätsbehörden. Ein Teil der Studenten missachtete diese Anordnung und wurde deswegen suspendiert und vor eine Disziplinarkommission gestellt. Der Rektor behauptete, dass die Unruhestifter Studenten der katholischen Universität Lublin gewesen seien; diese hätten sich gesetzwidrig auf dem Areal der staatlichen Universität aufgehalten («Sztandar Ludu», Lublin, 14. 3. 1968). In Lodz demonstrierten die Studenten am 14. März, um ihre Sympathie und Unterstützung für die Warschauer Kommilitonen zum Ausdruck zu bringen. Auch hier wurde Polizei, Hilfspolizei und Arbeiterwache eingesetzt («Glos Robotniczy», Lodz, 15. 3. 1968). Die Posener Zeitung «Gazeta Poznanska» kommentierte die Studentendemonstrationen in dieser Stadt am 12. und 15. März folgendermassen: «Abenteurer können auf keine Nachsicht zählen». Da an der Ver-

Die tschechoslowakische öffentliche Meinung auf der Seite der polnischen Studenten. — Warschau protestiert wegen «Einmischung» in die inneren Angelegenheiten.

Die tschechoslowakische Presse teilte am 6. März 1968 mit, dass Wlodzimierz Janiurek, der Botschafter der polnischen Volksrepublik in Prag, dem ZK der KP der Tschechoslowakei und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik einen Brief des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der polnischen Regierung übergab, in welchem dagegen protestiert wird, dass die Information in der tschechoslowakischen Presse, im Radio und Fernsehen über die März-Ereignisse in Polen nicht den Tatsachen entsprochen habe. Von polnischer Seite wurde sogar behauptet, die Tschechoslowakei habe sich in die inneren Angelegenheiten Polens eingemischt. Die Antwort des ZK der KP der Tschechoslowakei und der tschechoslowakischen Regierung wurde vom tschechoslowakischen Botschafter in Warschau, Dr. Antonin Gregor, am 23. Mai überreicht. Sie wies unter anderem darauf hin, dass die Berichte und Informationen in der tschechoslowakischen Presse, im Radio und Fernsehen die Auffassung von Einzelpersonen wiedergaben. Dadurch entstand vielleicht eine falsche Interpretation in Polen. Das ZK der KP der Tschechoslowakei und die tschechoslowakische Regierung hätten sich bis dahin in die inneren Angelegenheiten Polens nicht eingemischt, und sie würden dies auch in Zukunft nicht tun («Rude Pravo», 24. 5. 1968).

«Deshalb kann man auch, wenn man diesen Menschen die internationalistische Gesinnung anerzieht, sich nicht zufrieden geben mit der Solidarität mit den Negern, weil — solange es bei uns kein Negerproblem gibt — dies eine Abstraktion ist. Hingegen ... müssen wir uns auf die Bekämpfung der unter unseren Bedingungen grössten rassistischen Gefahr konzentrieren, auf die Bekämpfung des Antisemitismus.»

Adam Schaff in «Marxismus und das menschliche Individuum», 1965.

sammlung angeblich staatsfeindliche Losungen ausgegeben worden waren, wurden zahlreiche Teilnehmer verhaftet. Die Stettiner Studenten demonstrierten am 14. März zur Unterstützung der Warschauer Kommilitonen. «Glos Szczecinski» schrieb tags darauf: «Den Rowdies ist es nicht gelungen, die Unruhe in der Stadt auszulösen». In Breslau dauerten die studentischen Demonstrationen etwas länger. Flugblätter wurden in grosser Zahl verteilt. Die Parteizeitung fragte sich: «Warum lernen sie nicht?» und behauptete, dass die meisten Demonstranten aus arbeitsscheuen Elementen bestanden hätten («Gazeta Robotnicza», 25. 3. 1968).

Der Eingriff der Polizei

In den meisten Fällen ging die Polizei sehr hart vor. Die Krakauer Studenten veröffentlichten eine Erklärung: «Wir protestieren gegen die Bestialität der Polizei auf dem Areal der Jagellonen-Universität, wo unter anderen die Prorektoren Bielanski und Siedlicki, Prof. Estreicher, Dekan Pauli beleidigt worden sind» («Dziennik Polski», 24./25. 3. 1968). Die Studenten apostrophierten die Polizisten mit «Banditen», «Gestapo» und dergleichen. Eine interessante Nachricht veröffentlichte die «Gazeta Krakowska» am 19. März: «Die Sanitätsstation in der Siemiradzki-Strasse hat gestern 112 Personen behandelt. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Patienten, die Verletzungen an ihrem Arbeitsplatz erlitten hatten. Mehrere von ihnen waren von Hunden gebissen worden». Dass die polnische Polizei scharfe Hunde einsetzt, ist bekannt. Aber die Meldung deutet darauf hin, dass in verschiedenen Betrieben die Arbeiterschaft zur Unterstützung der Studenten gestreikt hatte. Offenbar wurden die Polizeihunde gegen die Streikenden eingesetzt.

Die aus fünf Mitgliedern bestehende katholische Abgeordnetengruppe ZNAK unterbreitete dem Ministerpräsidenten eine Interpellation im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Polizei in der Universität und im Polytechnikum von Warschau. Die Interpellation hatte folgenden Wortlaut:

«1. Was unternimmt die Regierung, um die brutale Aktion der Polizei und der Hilfspolizei gegen die akademische Jugend zu verurteilen und die Verantwortlichen festzustellen?

2. Was beabsichtigt die Regierung zu tun, damit die Jugend auf die brennenden Fragen eine Antwort bekommt? Diese Fragen beschäftigen die gesamte öffentliche Meinung, sie berühren die demokratischen Freiheiten der Staatsbürger und die Kulturpolitik des Landes.»

Ministerpräsident Cyrankiewicz beantwortete die Interpellation im Parlament. Die Interpellanten, so führte er aus, müssen sich Rechenschaft gegeben haben, dass ihre Behauptung über die Gefährdung des kulturellen Lebens in Polen falsch sei. Nur jene Tätigkeit werde beschränkt, welche den Sozialismus gefährde und vom Geist des Antikommunismus durchdrungen sei. Polizei und Hilfspolizei hätten im Auftrag der Regierung gehandelt. Sie seien verpflichtet, die feindlichen Kräfte daran zu hindern, die Jugend irrezuführen und zu antisozialistischen Kundgebungen in der Strasse mitzureissen. Die Ordnungskräfte hätten rechtmässig gehandelt und Gewalt nur im Notfall angewendet («Tribuna Ludu», 11. 4. 1968).

Da die katholischen Abgeordneten die Studenten in Schutz nahmen, wurden sie im ganzen Land, in der Parteipresse, in den Parteiversammlungen und im Radio angegriffen und verunglimpft. Einer der führenden Kommunisten, Stanislaw Kociolek, behauptete, dass diese Abgeordneten böswillig gehandelt und sich mit ihrer Interpellation einer Provokation schuldig gemacht hätten.

Um eine Gegenbewegung einzuleiten, organisierte die Partei im März und April in ganz Polen Versammlungen in grosser Zahl. Briefe an das Zentralkomitee und an das Parlament wurden organisiert, die eine Volksmeinung gegen die Studenten und katholischen Abgeordneten vortäuschen sollten. Ein Brief hatte beispielsweise folgenden Wortlaut: «Wir sind der Meinung, dass die Interpellation des ZNAK-Zirkels unüberlegt, politisch unverantwortlich und für das polnische Volk schädlich war. Deshalb verurteilen wir sie ganz entschieden. Die gegenwärtige Lage im Lande und in der Welt verlangt eine weitgehende Wachsamkeit; der Text der Interpellation dient aber zur Aufwiegelung. Die ZNAK-Abgeordneten suchen Unterstützung bei den feindlichen zionistischen und imperialistischen Kreisen.» («Trybuna Ludu», 18. 4. 1968.) Als verantwortlich für die Brutalität der Polizei wurden letztlich die Studenten erklärt, da sie die Polizei zu einem groben Einschreiten gezwungen hätten.

«Vermieten Sie Zimmer an Studenten?» («Dikobraz», Prag.)

Die gerichtliche Erledigung

Unter dem angeblichen Druck einer angeblichen öffentlichen Meinung entschlossen sich auch die Behörden, scharf einzuschreiten. Gomulka erklärte am Treffen mit dem Parteiaktiv: «Wir werden die Schuldigen nicht schonen, die Unschuldigen aber wollen wir verteidigen.» Der Unterrichtsminister verlangte in einem Schreiben an die Warschauer Universitätsbehörden die Verhängung von Disziplinarverfahren. Durch besondere Vollzugsverordnungen wurde ermöglicht, dass die Demonstranten und deren Führer im sogenannten Schnellverfahren abgeurteilt werden konnten, das bereits durch ein Gesetz vom 22. Mai 1958 geschaffen worden war, um gegen die damals in Polen tatsächlich stark zunehmende Zahl von Rowdies wirksam vorgehen zu können. Dieses Schnellverfahren kann sowohl von den administrativen Strafbehörden als auch von den eigentlichen Gerichten durchgeführt werden. Es schränkt Verteidigung, Berufung und bedingten Erlass des Strafvollzuges beträchtlich ein. Wie selbst das oberste Gericht am 11. November 1966 festgestellt hat, ergab sich keine einheitliche gerichtliche Praxis betreffend die Rowdies, weil das Delikt selbst schwer definierbar sei. Wegen der ungenau umschriebenen Tatbestandselemente war es also leicht, Demonstranten als Rowdies einzustufen.

Die administrativen Strafbehörden können im Schnellverfahren eine Busse bis zu 4500 Zloty verhängen, welche bei Nichtbezahlung — was im Falle der Studenten die Regel war — in eine Freiheitsstrafe umgewandelt wird. Sie können aber als Hauptstrafe auch Freiheitsentzug bis zu drei Monaten und als Nebenstrafe eine in Freiheitsentzug umwandelbare Busse verhängen. Gegen den Freiheitsentzug als Hauptstrafe gibt es keine Berufung; gegen die Busse kann man Berufung bei der übergeordneten Instanz einlegen. Letzte Instanz der administrativen Strafbehörden ist das Innenministerium. Beim Schnellverfahren nimmt die Polizei oder «ein anderes zuständiges Organ» den «Delinquenten» fest, und die administrative Strafbehörde der Stadt oder des Bezirkes behandelt die Angelegenheit sofort, ohne Anklageschrift, ohne Verteidigung und ohne Oeffentlichkeit.

Die Behörden der Wojewodschaften und der grösseren Städte wurden ermächtigt, das Schnellverfahren für ihr Gebiet einzuführen. Neben Warschau wurde es angeordnet für die Stadt Krakau vom 13. März bis 10. September 1968 («Dziennik Polski», 14. 3. 1968); für Stadt und Bezirk Tarnow, die Städte Nowy Sacz und Zakopane, den Bezirk Nowotarsk, die Stadt Jaworzno und den Bezirk Chrzanow vom 21. März bis 20. Juni 1968 («Gazeta Krakowska», 22. 3. 1968); für die Stadt Lodz vom 12. März bis 15. Mai («Dziennik Lodzki», 16. 3. 1968); für Stettin («Glos Szczecinski», 16./17. 3. 1968) usw. Aber auch in den übrigen Universitätsstädten wurde das Schnellverfahren eingesetzt, wie beispielsweise in Lublin («Sztandar Ludu», 14. 3. 1968) und Pozen («Gazeta Poznanska», 15. 3. 1968). Wie «Sztandar Ludu» vom 14. März anerkannte, wurden beinahe gegen alle Angeklagten die schwersten Strafen verhängt.

Gegen die als Anführer bezeichneten Jugendlichen wurde das Schnellverfahren vor den Gerichten eingesetzt. Die hier belegten Verordnungen über die Einführung des Schnellverfahrens haben alle den gleichen Wortlaut. Das dürfte ein schlüssiger Beweis dafür sein, dass die Anordnungen von der Zentrale aus erfolgt sind. Die besonders aufgeführten Delikte, die zur Durchführung des Schnellverfahrens qualifizierten, waren insbesondere:

1. Störung der öffentlichen Ordnung in angetrunkenem Zustand;
2. demonstrativer Unwillen oder Verachtung für den polnischen Staat oder für staatliche Institutionen in der Oeffentlichkeit;
3. Entfernung oder Beschädigung öffentlicher Bekanntmachungen;
4. Störung der öffentlichen Ordnung durch Geschrei, Alarm oder «auf andere Art»;
5. Einberufung von Versammlungen ohne Erlaubnis der zuständigen Organe.

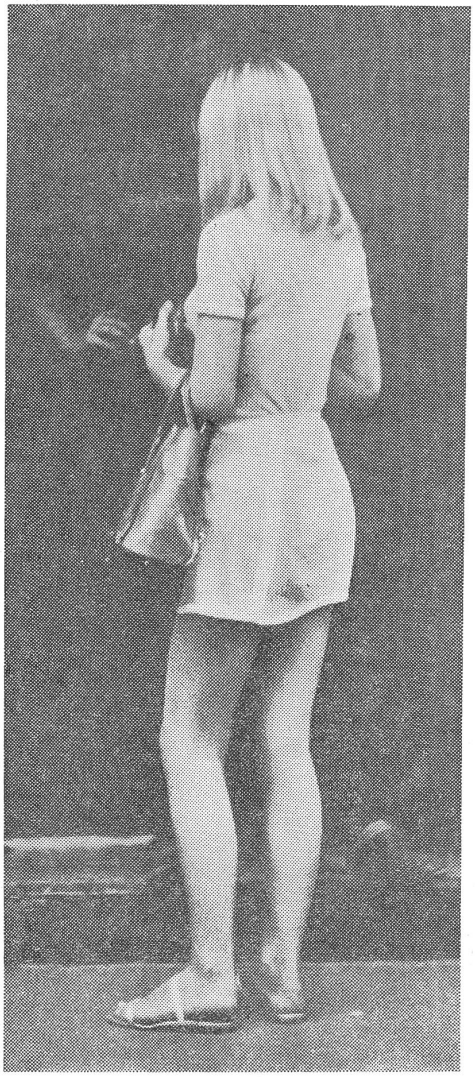
Bis zum 8. April hielt die Polizei 2730 Personen fest. Davon wurden vor Ablauf von 48 Stunden 1858 Personen auf freien Fuss gesetzt; 50 Personen — darunter 6 Studenten — wurden verhaftet; 5 wurden mit Bussen belegt, und gegen 9 — wovon 3 Studenten — wurde das Verfahren eingestellt. Gegen 688 Personen — wovon 139 Studenten — wurde das Schnellverfahren vor den administrativen Strafbehörden geführt. Bis

zum 8. April waren 360 Fälle entschieden, darunter 95 Studenten; 132 Personen — wovon 42 Studenten — wurden inhaftiert, gegen 211 (47 Studenten) wurden Bussen ausgefällt. Diese Angaben machte Ministerpräsident Cyrankiewicz am 8. April im Sejm anlässlich der Beantwortung der ZNAK-Interpellation.

Diese Zahlen dürften jedoch durchwegs zu tief liegen. Die Hauptdemonstrationen spielten sich in Warschau und Krakau ab. Von dort liegen keine Angaben vor. Einzelne Informationen aus der Provinz lassen indessen vermuten, dass wesentlich mehr Personen betroffen worden sind. In Danzig wurden allein zwischen dem 12. und 15. März 280 Personen festgenommen; gegen 128 ist das Schnellverfahren eröffnet worden («Glos Wybrzeza», Danzig, 29. 3. 1968). In Posen hat die Polizei bis zum 14. März 84 Personen festgenommen und 14 dem gerichtlichen Schnellverfahren zugeführt («Gazeta Poznanska», 15. 3. 1968). In Stettin wurden 72 Personen im Schnellverfahren abgeurteilt («Glos Szczecinski», 16./17. 3. 1968). In Breslau wurden bis zum 19. März 213 Personen festgenommen; bis zu diesem Zeitpunkt waren 41 Personen bereits abgeurteilt («Gazeta Robotnicza», Breslau, 20. 3. 1968). In Oppeln wurden 2 Studenten zu 6 Monaten Freiheitsstrafe und 1000 Zloty Busse wegen Verteilung von Flugblättern verurteilt («Trybuna Opolska», 2. 5. 1968).

An den Universitäten ging man gegen die Studenten mit weiteren Massnahmen vor. Vielen wurden die Stipendien entzogen. Ganze Jahrgänge wurden exmatrikuliert mit der Möglichkeit, ein Gesuch auf erneute Immatrikulation einzureichen. Diesfalls werden die Gesuchsteller auf ihr Verhalten während der März-Ereignisse eingehend überprüft. Es wurde sogar eine Art Sippenhaft eingeführt: Eltern wurden für die Handlungen ihrer erwachsenen und volljährigen Kinder verantwortlich erklärt, und zwar sowohl auf Parteiebene als auch disziplinarisch am Arbeitsplatz. Der Erste Sekretär des Warschauer Parteikomitees, Jozef Kempa, erklärte am Treffen des hauptstädtischen Parteiaktivs am 17. April: «Gegenüber einigen Eltern wurden dienstliche und Parteiverantwortung geltend gemacht, wegen der Erziehung ihrer Kinder oder weil sie sich mit Anschauung und Tätigkeit ihrer Kinder solidarisch erklärten.» («Trybuna Ludu», 14. 4. 1968).

Gleichzeitig wurden auch die Professoren überprüft. Jozef Kempa führte beim erwähnten Anlass aus, dass einige Dozenten der Warschauer Universität ihrer Stelle enthoben worden seien oder dass gegen sie Parteistrafen verhängt worden seien. Die Wissenschafter müssen sich nach Ansicht der Partei um die Erziehung der jungen Generation kümmern. Gegenwärtig werde die Eignung der einzelnen Wissenschafter unter diesem Gesichtspunkt überprüft. Mitgliederversammlungen verschiedener Parteiorganisationen untersuchten die Haltung führender Persönlichkeiten und verfügten den Parteiausschluss zum Beispiel gegen den stellvertretenden Leiter der Abteilung für militärischen Unterricht am Stettiner Polytechnikum, den Oberassistenten der Pommerschen medizinischen Akademie, den Leiter des Instituts für zeitgenössische polnische Geschichte an der Universität Lodz, den Direktor des Historischen Instituts an der gleichen Universität («Trybuna Ludu», 4. 5. 1968). Am 25. März wurde offiziell bekanntgegeben, dass



Auch in Belgrad lange Haare und kurze Röcke: Die Studentinnen beteiligten sich prominent an den Demonstrationen.

vier Professoren und zwei Dozenten der Warschauer Universität ihrer Posten enthoben worden waren: Kolakowski, Baczko, Morawski, Bauman, Hirszowicz und Brus. Adam Schaff, der als geistiger Vater der studentischen Demonstrationen angeprangert wurde, dankte ab.

Damit gerieten nun auch die westlichen Kommunisten in arge Verlegenheit. Das Organ der schweizerischen PdA, der «Vorwärts», stellte am 23. Mai fest: «Der schwerwiegendste Punkt... ist die Entfernung hervorragender Persönlichkeiten der polnischen Wissenschaft aus der Lehrtätigkeit und der Universität Warschau... Das sind Namen von Männern, die eben nicht nur wegen ihrer wissenschaftlichen Leistung allgemein bekannt sind, sondern wegen der Teilnahme einiger von ihnen an demokratischen Diskussionen und marxistischen Untersuchungen der letzten Jahre auch auf internationaler Ebene.»

Am 28. März versammelten sich 2000 Studenten der Warschauer Universität, um die Wiedereinsetzung der mit ihnen sympathisierenden Professoren zu fordern. Zuvor hatten bereits die Studenten des Polytechnikums protestiert. Darauf schrieb die «Trybuna Ludu»: «Wir müssen ernstlich und energisch Halt gebieten!»

Die Liste der ihrer Posten enthobenen höheren und mittleren Funktionäre — vor allem jüdischer Herkunft — ist sehr lang. Drei Minister wurden entlassen; die Absetzung von Mieczyslaw Lesz war eindeutig das Ergebnis der März-Ereignisse.

Während der ersten drei Monate des laufenden Jahres wurden 8300 Personen aus der Partei ausgeschlossen; die Mehrheit dieser Ausschlüsse dürfte ebenfalls auf die Demonstrationen zurückzuführen sein. Allein 80 Personen wurden auf Parteibeschluss ihres Amtes enthoben, darunter 14 Minister und Vizeminister, 12 Departementsdirektoren und Behördeleiter.

Gleichzeitig wurde der Kampf gegen die sogenannten Zionisten verstärkt. Der Begriff des Zionisten wurde keineswegs definiert. Das erinnert an Görings Ausspruch: «Wer Jude ist, bestimme ich.» So kann denn unter dem Vorwurf des Zionismus jeder jüdische Intellektuelle angegriffen werden. Wie Parteisekretär Kempa erklärte, sei der Zionismus und die Judenfrage bis in die jüngste Vergangenheit als Tabu behandelt worden. Das habe sich jetzt geändert. Gomulka führte am Warschauer Parteiaktiv aus: «Die Aggression Israels gegen die arabischen Länder hat gezeigt, dass es auch in Polen jüdische Nationalisten gibt, die gefühls- und verstandesmässig nicht mit Polen, sondern mit dem Staat Israel verbunden sind...» Cyrankiewicz behauptete gar, dass es keine doppelte Loyalität, nämlich gegenüber Polen und gegenüber Israel, geben könne.

Die Folgerungen

Nach den März-Demonstrationen und nach der Verflachung der ersten Welle von Repressalien setzte sich die Partei das Ziel, zunächst die Jugendorganisation zu festigen, sodann die ideologisch-politische Bildung von Kommunisten und Nichtkommunisten zu vertiefen und schliesslich die Zahl der Parteimitglieder zu erhöhen.

Auf der Plenarsitzung der Hauptverwaltung des Verbandes der sozialistischen Jugend (ZMS) umschrieb der Vertreter der Partei, ZK-Sekretär Strzelecki, die Hauptaufgaben der Jugendorganisationen folgendermassen:

1. Fortsetzung der Diskussion unter der Jugend, Vervollkommnung der ideologischen Arbeit, deren Inhalt und Methoden den aktuellen Bedürfnissen besser anzupassen sind;

2. Festigung der Jugendorganisationen der Studenten, wobei die politische Haltung der Mitglieder besser überprüft werden muss und die ideologischen und politischen Bedingungen bei der Aufnahme neuer Mitglieder verschärft werden müssen;

3. Der Integration der Arbeiter- und Hochschuljugend muss grössere Aufmerksamkeit geschenkt werden durch gemeinsame politische und ideologische Diskussionen, Ausflüge, gemeinsame Arbeit und Unterhaltung;

4. Festigung der ideologischen und politischen Position der Jugendorganisationen auf den Hochschulen («Trybuna Ludu», 20. 4. 1968).

Gomulka selbst bezeichnete es als eine der dringendsten Parteiaufgaben, die Vernachlässigung der politischen und erzieherischen Arbeit vor allem an den Hoch- und Mittelschulen zu untersuchen und sich für die Vertiefung dieser Arbeit einzusetzen («Zycie Warszawy», 20. 3. 1968). ■